

Europäische shot-gun marriage

Autor(en): **Scheu, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **91 (2011)**

Heft 989

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735260>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ohne Scheuklappen

Europäische shot-gun marriage

von René Scheu

Das geeinte Europa ist eine inspirierende und hoffnungsfrohe Idee. Und für viele selbsternannte Europäer ist sie der Zweck, der alle politischen Mittel heiligt. Dass die Kluft zwischen europäischer Idee und real existierender EU seit Jahr und Tag wächst, ist für den, der sich auf eine solche fatalistische Perspektive eingeschossen hat, naturgemäss sekundär. Er sagt sich: für jedes neue Problem findet sich auch eine neue Lösung. Die grundlegenden Probleme, mit denen die EU heute ringt, sind jedoch alles andere als neu. Der deutsche Ökonom Wilhelm Röpke, ein überzeugter Europäer, erkannte sie bereits nach dem Krieg klar und beschrieb sie für die «Schweizer Monatshefte» in zwei Aufsätzen, die er im Genfer Exil verfasste: «Grundfragen der europäischen Wirtschaftsunion» (1949) und «Europa als wirtschaftliche Aufgabe» (1957). Röpke formuliert darin so etwas wie eine helvetisch inspirierte Perspektive für die entstehende Europäische Gemeinschaft. Sein Ideal: ein freies Europa, das den Sozialismus, den Nationalismus und auch den Protektionismus überwindet. Zwar sind seine Überlegungen, gerade was die als föderales Musterland dargestellte Schweiz angeht, vor Idealismus nicht gefeit. Doch bilden sie zugleich eine ideale Folie, vor deren Hintergrund sich die Entwicklungen des realen Europas klar konturieren.

So wie heute die Rede davon ist, dass Europa sein globales Gewicht nur durch einen geeinten Auftritt auf der Bühne der Weltpolitik bewahren könne, so ging es damals um die Selbstbehauptung Europas gegenüber dem Kommunismus. Dabei skizzierte Röpke zwei Wege – zuerst den Weg eines föderalen Zusammenschlusses der europäischen Länder. Die Herausforderung dabei ist: eine «Föderation» lässt sich nicht von oben dekretieren, sondern muss von unten wachsen. Wirklich föderales Denken setzt eine «Gliederung in echte kleine Gemeinschaften» voraus (die kleinste ist zuletzt das Individuum) und beginnt stets «zu Hause». Das nationalstaatliche Denken jedoch hat Röpke zufolge die Erinnerung an den föderalen Geist Europas verblassen lassen. Damit wären wir beim zweiten Weg: jenem einer zentralistisch-bürokratisch-dirigistischen Union. Ihre heute dominierende Ambivalenz war der europäischen Politik schon damals eigen: während man rhetorisch den Föderalismus hochhielt, triumphierte ein nationaler Zentralismus.



René Scheu

Herausgeber und Chefredaktor

Eine unproblematische Integration zweier Volkswirtschaften nach dem Vorbild einer am Freihandel orientierten Union ist unter der Prämisse nationalstaatlich-dirigistischen Denkens nicht mehr möglich. Denn die Volkswirtschaft hat nun dem ihr zugehörigen Staat zu dienen, ist also «politisiert». Und ist sie erst einmal «politisiert», «so bedarf es zu ihrer Vereinigung mit einer anderen [Volkswirtschaft] der Verschmelzung der politischen Instanzen, die den Wirtschaftsprozess steuern, d.h. einer Verschmelzung der beiden Regierungen zu einem einheitlichen Staat». Ganz abgesehen davon, dass die beiden Regierungen den neuen Superstaat zu instrumentalisieren versuchen werden, um ihre ureigenen Interessen durchzusetzen – am Ende der europäischen Vereinigung steht derselbe Zentralismus, den Europa ursprünglich überwinden wollte, bloss auf einer höheren Stufe.

«Die Einheit in der Verschiedenheit», «die Freiheit in der Verbundenheit», «die Buntheit der Verhältnisse» – was das föderale Europa auszeichnet, droht am neuen Zentralismus zu zerschellen. Diesen erkannte Röpke in Ansätzen bereits in den 1950er Jahren in der Montanunion, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, also der Vorläuferin der Europäischen Gemeinschaft bzw. der heutigen EU. In einem Punkt jedoch sollte sich Röpke täuschen – für den «planwirtschaftlich-autarkistischen Weg» der europäischen Integration sah er keine Zukunft, da sie letztlich an den «mangelnden politisch-geistigen Voraussetzungen Europas» scheitern werde, «sofern die Europäische Union nicht als eine «shot-gun marriage» zustande kommen soll». Ironie der Geschichte: wir sind gerade Trauzeugen einer solchen *shot-gun marriage*. Wie lange die Ehe halten wird, weiss niemand, am wenigsten die Heiratenden.

Der sich akzentuierende Zentralismus ist nicht die unvermeidliche Zukunft der EU. Darauf sollten wir mit Röpke hinweisen – als gute Europäer. ◀